## Drei Fragen an **Angela Kane**

**Wie kann der Prozess der Chemiewaffen-Abrüstung in Syrien für eine politische Lösung des Konflikts genutzt werden?**

Die Ursachen für den Bürgerkrieg in Syrien sind vielfältig und komplex. Eine dauerhafte Befriedung des Landes und der Region ist nur durch eine dauerhafte politische Lösung zu erreichen. Die Genfer Friedensverhandlungen Ende Januar 2014, welche unter der Leitung des UN-Generalsekretärs maßgeblich begleitet und unterstützt wurden, waren ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Der einzigartige Prozess der Chemiewaffen-Abrüstung in Syrien stärkt die friedenssichernden Maßnahmen und leistet einen wichtigen Friedensbeitrag der internationalen Gemeinschaft in diesem andauernden Konflikt. Allerdings kann die Abrüstung der Chemiewaffen allein nicht die anhaltende Gewalt und das Leid der syrischen Zivilbevölkerung beenden. Die internationale Gemeinschaft muss ihre intensiven Bemühungen für eine politische Lösung des Syrien-Konflikts fortsetzen.

**Wie kann eine dauerhafte Überwachung der syrischen Verpflichtungen unter dem Chemiewaffen-Übereinkommen (CWÜ) unter Bedingungen des Bürgerkriegs sichergestellt werden? Muss man dafür nicht stärker mit der Opposition zusammenarbeiten?**

Mit Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des CWÜ bei den UN verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, somit auch Syrien, vorhandene Bestände zu deklarieren und alle Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht zu vernichten. Die gemeinsame Mission der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) und der UN überwacht und verifiziert, mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, die Zerstörung des syrischen Chemiewaffen-Arsenals. Der Abtransport chemischer Kampfstoffe aus Syrien hat bereits begonnen. Entsprechend der Entscheidung des UN-Sicherheitsrats und der vom OPCW-Exekutivrat gesetzten Fristen, muss die Beseitigung sämtlichen Materials und der Ausrüstung für chemische Waffen aus Syrien in der ersten Jahreshälfte 2014 abgeschlossen sein. Der UN-Generalsekretär hat diesbezüglich wiederholt alle syrischen Parteien, auch die Opposition, dazu aufgerufen, die Arbeit von UN und OPCW vorbehaltlos zu unterstützen. Nach der Abrüstung wird die OPCW weitere Inspektionen zur Überprüfung der Einhaltung des CWÜ in Syrien durchführen.

**Wie und wann sollte die strafrechtliche Verantwortung für die Chemiewaffen-Angriffe vom August 2013 nahe Damaskus geklärt werden?**

Die UN-Mission zur Untersuchung von Vorwürfen über den Einsatz chemischer Waffen in Syrien stellte in ihren Berichten fest, dass in dem anhaltenden Konflikt zwischen den Parteien in Syrien chemische Waffen wiederholt eingesetzt wurden. In der Umgebung von Ghouta, außerhalb von Damaskus, wurde festgestellt dass am 21. August 2013 in verhältnismäßig großem Umfang chemische Waffen, hauptsächlich gegen Zivilpersonen unter ihnen auch Kinder, eingesetzt wurden. Das Mandat dieser Untersuchung der UN-Mission beinhaltete allerdings nicht die Feststellung der Schuldfrage. Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats könnten hierzu dem Internationalen Strafgerichtshof ein Mandat erteilen, damit eine Untersuchung zur Schuldzuweisung und Strafverfolgung der Verantwortlichen der Chemiewaffen-Einsätze in Syrien erfolgen kann.

Angela Kane, geb. 1948, ist seit März 2012 die Hohe Vertreterin für Abrüstungsfragen der Vereinten Nationen und Leiterin des Büros für Abrüstungsfragen im UN-Sekretariat in New York.

rolle zu übernehmen. Daher ist es wichtig, Wege zu finden, um die Arbeitsteilung zwischen der betreffenden Organisation und den Vereinten Nationen frühzeitig abzusprechen. Gleichermaßen sollte der Austausch von Informationen, Erfahrungen und Vorgehensweisen im Bereich der präventiven Diplomatie verbessert werden. Für die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen gibt es weiterhin keine festgelegten, systematischen Strukturen, und die jeweiligen Ansätze, Staaten nach einem Konflikt beim Wiederaufbau zu helfen, unterscheiden sich stark. Doch das zweite gemeinsame Treffen von Vereinte Nationen und Weltbank in der Sahelzone im November 2013, nun begleitet von der Afrikanischen Entwicklungsbank, könnte ein Schritt in Richtung bessere Kooperation sein.

## Ausblick

Präventive Diplomatie ist heute fester Bestandteil der Arbeit der Vereinten Nationen. Sie kann durchaus Erfolge vorweisen. In Zukunft muss die Organisation Wege finden, präventive Diplomatie gegen die wachsenden Sicherheitsbedrohungen auch stabilerer Länder durch Terrorismus und die Organisierte Kriminalität wirksamer einzusetzen. Allerdings gilt es, eine Anzahl von Herausforderungen zu bewältigen, nicht zuletzt finanzieller Natur. Ein positiver Nebeneffekt der immer noch anhaltenden weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ist immerhin, dass das Interesse der Weltgemeinschaft an präventiver Diplomatie gewachsen ist. Abgesehen davon, dass Konfliktprävention Leben retten kann, wird die internationale Gemeinschaft auch vor hohen Kosten bewahrt: Die Weltbank schätzte in ihrem Weltentwicklungsbericht von 2011, dass die durchschnittlichen Kosten eines Bürgerkriegs 30 Jahre des Bruttoinlandsprodukts eines mittelgroßen Entwicklungslands entsprechen und dass es durchschnittlich 14 Jahre dauert, um zu dem wirtschaftlichen Vorkriegs-Wachstumspfad zurückzukehren.[24]

UN-Sicherheitsrat und UN-Generalversammlung fördern seit mehreren Jahren Maßnahmen der Mediation und Konfliktprävention. Darüber hinaus ergreifen einige Mitgliedstaaten eigene Initiativen, wie die im Jahr 2010 gegründete ›Gruppe der Freunde der Mediation‹ zur Stärkung der Mediationsarbeit der Vereinten Nationen.[25] Die Vereinten Nationen könnten sich dieses Interesse zunutze machen, um rasche Reaktionsfähigkeiten auszubauen und skeptische Mitgliedstaaten von der Wirksamkeit frühzeitiger präventiver Maßnahmen zu überzeugen.

**24** World Development Report: Conflict, Security and Development, World Bank, Washington, D.C., 2011, S. 6 und 63.

**25** Siehe: http://peacemaker.un.org/friendsofmediation